



## Niederschrift

über die Sitzung des Hauptausschusses am 8.5.2006

Sitzungsort: A 013

Beginn der Sitzung um 15.00 Uhr.

Ende der Sitzung um 21.00 Uhr.

Vorsitz führte: Bürgermeister Michael Kreuzberg

### Mitglieder:

<input type="checkbox"/>	Dahmen	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Hosmann	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Klug	CDU
<input type="checkbox"/>	Küster	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Meeth (bis 20.00 Uhr)	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Poschmann	CDU
<input type="checkbox"/>	Berg	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	Breu 2.stv.Vors.	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	Mengel	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	Schmitz, H.	bVb
<input checked="" type="checkbox"/>	vom Hagen	Grüne
<input checked="" type="checkbox"/>	Pitz	FDP

### Stellv.Mitglieder

<input type="checkbox"/>	1. Dr. Dahm	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	2. Gerharz F.-J. (ab 15.10 Uhr)	CDU
<input type="checkbox"/>	3. Vogel	CDU
<input type="checkbox"/>	4. Stilz	CDU
<input type="checkbox"/>	5. Boley	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	6. Ehrenstein (bis 15.10 Uhr)	CDU
<input type="checkbox"/>	7. Falkenstein	CDU
<input type="checkbox"/>	8. Fischer	CDU
<input type="checkbox"/>	9. Dr. Frantziöch-Immenkeppel	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	10. Gerharz Th.	CDU
<input type="checkbox"/>	11. Hepp	CDU
<input type="checkbox"/>	12. Pohl	CDU
<input type="checkbox"/>	13. Pütz	CDU
<input type="checkbox"/>	14. Rau	CDU
<input type="checkbox"/>	15. Schumacher	CDU
<input type="checkbox"/>	16. Simons	CDU
<input type="checkbox"/>	17. Vetterling	CDU

**Schriftführerin:**  
M. Müller

### Stellv. Mitglieder:

<input checked="" type="checkbox"/>	1. Dr. Petran (ab 15.25 Uhr)	SPD
<input type="checkbox"/>	2. Heck	SPD
<input type="checkbox"/>	3. Grafe	SPD
<input type="checkbox"/>	4. Dr. Conen	SPD
<input type="checkbox"/>	5. Jung	SPD
<input type="checkbox"/>	6. Reinkemeier	SPD
<input type="checkbox"/>	7. Salvador	SPD
<input type="checkbox"/>	8. Vilkmann	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	9. Wehrhahn (bis 15.25 Uhr)	SPD

### bVb

<input type="checkbox"/>	1. Arth	bVb
<input type="checkbox"/>	2. Baule	bVb
<input type="checkbox"/>	3. Bohlken	bVb
<input type="checkbox"/>	4. Mainzer	bVb
<input type="checkbox"/>	5. Müller	bVb

### Grüne

<input type="checkbox"/>	1. Bortlitz-Dickhoff	Grüne
<input type="checkbox"/>	2. Niclasen	Grüne
<input type="checkbox"/>	3. Schönhütte	Grüne
<input type="checkbox"/>	4. Weber	Grüne

### FDP

<input type="checkbox"/>	Brämer	FDP
--------------------------	--------	-----

### Verwaltung:

<input checked="" type="checkbox"/>	Kreuzberg (Bürgermeister)
<input checked="" type="checkbox"/>	Mues (1. Beigeordneter)
<input checked="" type="checkbox"/>	Brandt (Beigeordneter)
<input checked="" type="checkbox"/>	Freytag (Stadtkämmerer)
<input checked="" type="checkbox"/>	J.v. – Bothmer (GLB)
<input checked="" type="checkbox"/>	Schiffer (-01-)
<input checked="" type="checkbox"/>	Becke (FB 10)
<input checked="" type="checkbox"/>	Kuhl (FB 20)
<input checked="" type="checkbox"/>	Radermacher (FB 20)

1. Niederschrift vom 20.3.06	3
2. Beratung des Haushaltsplanes 2006	3
Bezug: Rat 24.4.06	3
Vorlage-Nr. 26/06	3
3. Bestellung von Vertretern der Stadt Brühl in besonderen Einrichtungen;	9
Vorschläge Verwaltungsrat KSK Köln	9
Vorlage-Nr. 354/79 z	9
4. Erhöhung Marktstandsentgelte	10
Vorlage-Nr. 188/84 e	10
5. Antrag	10
5.1 Mobiliar für Dorothea Tanning-Saal	10
hier: Antrag der FDP Fraktion vom 8.3.06	10
Vorlage-Nr. 44/00 cw	10
5.2 Haushalt 2006;	11
Produktbereiche	11
hier: Antrag der FDP Fraktion vom 19.4.06	11
Vorlage-Nr. 26/06 f	11
6. Anfragen	11
6.1 Gebührenabwicklung Parkplatz Bundesbahnhof	11
B) Nichtöffentlicher Teil	13
7. Einstellungen, Beförderungen, Höhergruppierungen und Personalbewegungen	13
Vorlage-Nr. 62/95 bk	13
---	13
8. Veranstaltung JGR im Tanzsportzentrum am 18. März 2006	13
hier: Antrag der GRÜNEN vom 30.4.06	13
Vorlage-Nr. 137/84 cg	13
9. Niederschlagung Benutzungsgebühren für Übergangsheime	14
Vorlage-Nr. 29/06	14
10. Anfragen	15
10.1 Geburtshaus Max Ernst	15
10.2 Parkausweise für Ratsmitglieder	15

**Bürgermeister Kreuzberg** eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

## **A) Öffentlicher Teil**

### **1. Niederschrift vom 20.3.06**

Gegen die Fassung der Niederschrift vom 20.3.06 werden keine Einwände erhoben

### **2. Beratung des Haushaltsplanes 2006**

**Bezug: Rat 24.4.06**

**Vorlage-Nr. 26/06**

**Stadtkämmerer Freytag** macht zunächst einige allgemeine Vorbemerkungen zum Entwurf der Haushaltssatzung. Die im Entwurf fehlenden Erläuterungen zum Kulturetat bittet er zu ergänzen mit der von ihm verteilten Erläuterungsseite. Die im Rahmen seiner Haushaltsrede angekündigte Absprache mit dem Ministerium habe ergeben, dass keine Pflicht zu einem Haushaltssicherungskonzept bestehe. Die ebenfalls zu seiner Haushaltsrede entstandenen Irritationen seien dadurch entstanden, dass er eine falsche Powerpointvorlage angezeigt habe. Seine Aussage in der Rede sei jedoch korrekt gewesen.

Abschließend nimmt er zum FDP-Antrag „Produktbereiche“, Vorlage-Nr. 26/06 f Stellung:

Die Forderung nach einer Gliederung der Verwaltung entsprechend der 17 Produktbereiche sei keine haushaltsmäßige sondern eine organisatorische Entscheidung des Bürgermeisters. Die in Buchstabe „B“ geforderte separate Darstellung von Produktbereichen habe er hinsichtlich der Ziff. 1 – 4 einmal vorbereiten lassen. Die Auswertungen verteilt er an die Fraktionsvorsitzenden. Die Produktbereiche 52 und 54 seien bereits differenziert dargestellt. Anhand der Beispiele könne man nun diskutieren, ob diese Darstellung zweckmäßig ist.

Die in Buchstabe „C“, Ziff. 1, gewünschte Übersicht der Gebührenhaushalte sei enthalten, am Stellenplan (Ziff.2) werde gearbeitet und die in den Ziff. 3 – 6 angesprochenen Dingen werde er jeweils zu den entsprechenden Seiten im Rahmen der Etatberatungen erläutern.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) fragt, ob nicht die formale Genehmigung des Haushaltes gefährdet sei, da Produktbeschreibungen, Kennzahlen, Ziele und Stellenbewertungen fehlten.

**Stadtkämmerer Freytag** stellt richtig, dass eine summarische Darstellung des Stellenplanes vorgelegt werde, die ausreichend sei. Bei der Entwicklung von Kennzahlen handele es sich um einen Prozess, der andauere; dies sei auch der Aufsichtsbehörde bekannt, so dass darin kein Grund für eine formale Ablehnung liege. Im Übrigen seien Ziele vorhanden und auch die Produktbeschreibungen seien im Produktbuch enthalten.

**Fraktionsvorsitzender Schmitz**, H. (bVb) schlägt vor, zur besseren Handhabung die Erläuterungen künftig separat zu fassen, damit man sich diese jeweils neben die entsprechenden Zahlenseiten legen könne. Die vorliegende Form sei etwas umständlich, da man ständig blättern müsse.

**Bürgermeister Kreuzberg** schlägt vor, nach den Beratungen zu entscheiden, ob man die Gestaltung künftig anders vornehme.

Im Folgenden ruft **Bürgermeister Kreuzberg** die einzelnen Seiten des Haushaltsplanentwurfs auf.

### **Anmerkung der Schriftführerin:**

Im Rahmen der Beratung werden Anträge und Anfragen gestellt sowie Anregungen gegeben. Konkrete Anträge zur Haushaltssatzung, über die vor der Verabschiedung abgestimmt werden muss, sind in der als Anlage beigefügten Liste aufgeführt. Anregungen oder Prüfaufträge sind im Folgenden in der Niederschrift protokolliert, ebenso Fragen, die nicht kurzfristig beantwortet werden können. Alle übrigen

Fragen werden in der Vorlage 26/06 i zur HA- Sitzung am 22.5.06 beantwortet und sind daher nicht mehr protokolliert.

**Fraktionsvorsitzender Schmitz, H.** (bVb) stellt fest, dass im **Gesamtergebnisplan**, S. 49, der Ansatz für **Zeitungen und Fachliteratur** (Sachkonto 54330) erheblich gestiegen sei. Er bittet um Vorlage einer Auflistung, welcher Fachbereich welche Zeitschriften erhält.

Bezugnehmend auf die Ansätze für **Porto und Telefon** (S. 49, Sachkonten 54340 und 54350) bittet er, die Kosten einmal zu hinterfragen und eine größere Transparenz herzustellen. Er schlägt vor, dass sich zu diesem Zweck das Rechnungsprüfungsamt einmal mit Fachbereich 10 zusammensetzt.

Ebenfalls eine bessere Transparenz müsse in Sachen **Versicherungen** herbeigeführt werden (S. 49, Sachkonten 54410, 54415 und 54420). Er schlägt vor, einen Arbeitskreis, bestehend aus Rechnungsprüfungsamt, Fachbereich 20 und Vertretern der Politik zu bilden, die bestehenden Bedingungen zu prüfen und die Versicherungsverträge ggf. neu auszuschreiben.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) erinnert bezüglich der Versicherungen an den entsprechenden Antrag seiner Fraktion im vergangenen Jahr.

Hinsichtlich der Telefonkosten fordert er alle Fraktionen auf, auch die eigenen Telefonkosten mit zu betrachten.

---

Zum Antrag der **bVb-Fraktion**, den Ansatz in Höhe von 16.000 € für **Zuwendungen bei Ehe- und Altersjubiläen** zu streichen, bestätigt **Bürgermeister Kreuzberg**, dass es sich abgesehen von diesen Zuwendungen auch um einen sehr hohen Verwaltungsaufwand handele. Im Übrigen seien die Jubilare oft eher beschämt über den Betrag, so dass er vorschläge, die Art und Weise des Geschenkes freier handhaben zu dürfen und dieses den Umständen anzupassen.

**Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Breu** (SPD) hält es für ausgeschlossen, dass man als Vertreter der Stadt gratuliert ohne ein Geschenk zu überreichen.

Auch **Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) bezeichnet die Zuwendung als Geste der Stadt gegenüber den älteren Bürgerinnen und Bürger als Dank für ihre Lebensleistung. Ein Geldgeschenk sei s. E. nicht so aufwendig wie ein anderes Geschenk.

---

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) beantragt im Rahmen der Beratung des Teilergebnisplanes 11 06 05, **Bauhof**, insbesondere vor dem Hintergrund der Orga-Untersuchung und der personellen Veränderung im Betriebshof Synergiepotentiale bei Stadtwerken und Betriebshof zu prüfen.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt Prüfung zu.

---

Im Rahmen der Beratung des **Teilergebnisplanes 11 06 07, sonstige zentrale Dienste**, bittet **Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) um Prüfung der Möglichkeit, das Rathaus B aufzugeben. Diese Gelegenheit könnte sich s. E. durch den Weggang der ARGE-Leute ergeben sowie eventuell durch die Ergebnisse der anstehenden Organisationsuntersuchung.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt Prüfung zu.

Hinsichtlich der Anschaffung eines Gerätes zur Prüfung der elektrischen Anschlüsse in den Verwaltungsgebäuden (s. Erläuterungen zu Sachkonto 78250, S. 73) bittet **Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) um Klärung, ob nicht für diese Fälle entsprechende Geräte der Stadtwerke ausgeliehen werden könnten.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt Prüfung zu.

---

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) bittet um Prüfung der Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen den **Vergabestellen** von Brühl und Wesseling.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt Prüfung zu.

---

**Ratsherr Gerharz, F.-J.** (CDU) gibt zu bedenken, dass der Ansatz bei Kostenstelle 12 07, Sachkonto 52320, „Verkehrszeichen/Verkehrseinrichtungen“ wohl nicht ausreiche. Man müsse im Verkehrsausschuss einmal diskutieren, ob nicht eine Aufstockung um 15.000 € auf 40.000 € notwendig sei.

---

Im Zusammenhang mit dem Antrag des **Fraktionsvorsitzenden Pitz** (FDP) auf Anbringung eines Sperrvermerks bei Sachkonto 78250, S. 128, **Beschaffung Fahrzeuge/Notarzteinsatzfahrzeug** bittet **Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) um Prüfung, ob ein Notarzteinsatzfahrzeug mit Gas betrieben werden könne.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt Beantwortung zu.

---

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) bittet im Rahmen der Beratung des Teilergebnisplanes 21 01, **Grundschulen**, Seite 132 ff., um Vorlage einer Übersicht der Energiekosten pro qm.

**Erster Beigeordneter Mues** erklärt, dass eine solche Übersicht z.Z. von der Gebausie erstellt werde und mit einer Vorlage in der 2. Jahreshälfte zu rechnen sei.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) kritisiert, dass die Erläuterungen zum Sachkonto 52580, Kostenerstattung an Kooperationspartner und Träger OGS, S. 140, nicht der Beschlusslage entsprechen würden. Zu den Schulen Melanchthon und Badorf seien noch keine Entscheidungen getroffen.

**Stadtkämmerer Freytag** bestätigt dies und versichert, dass man den Beschlüssen des Rates selbstverständlich nicht vorgreifen wolle.

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) gibt zur Kostenstelle 21 02, Sachkonto 78310, Seite 144, „Verbesserung Realschule“ zu bedenken, dass die dortigen Pavillons veraltet und auch zu klein seien. Möglicherweise müsse man hier noch Kosten für die Erweiterung des Raumangebots an der Realschule im Investitionsplan vorsehen.

**Beigeordneter Brandt** erklärt, dass selbstverständlich eine entsprechend verbesserte Unterbringung an der Erich-Kästner-Realschule auf den Weg gebracht werde, sobald eine finanzierbare Lösung erkennbar sei.

---

Zu dem Antrag der bVb-Fraktion auf Kürzung der Reisekosten bei Sachkonto 54130, **Kulturförderung**, S. 151 und dem diesbezüglich geäußerten Vorschlag, die Jury zur Vergabe des Max-Ernst-Stipendiums ortsnah zu besetzen, erklärt **Bürgermeister Kreuzberg**, dass er sich gegen diese Idee ausspreche. Der Reiz des Stipendiums liege gerade in der Qualität der Jury. Hier seien bedeutende Namen wichtig und ein entscheidendes Kriterium. Er könne gerne mit den Jurymitgliedern sprechen, allerdings sei der angesetzte Betrag nicht übertrieben hoch.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) beantragt, Privatisierungsmöglichkeiten für die Rathausgalerie zu untersuchen.

Der vom Bürgermeister beabsichtigten Kürzung der Vereinszuschüsse um 10% mit dem Ziel der Halbierung bis 2009 stimme die CDU-Fraktion zu, sofern die Vorgabe des Bürgermeisters beachtet werde, dass der Kinder- und Jugendbereich unberührt bleibt.

Darüber hinaus stimme man der vorgeschlagenen Kürzung der Mittel für die Stadtbücherei zu. Über eine eventuelle Umschichtung der verbleibenden Mittel solle nach Beratung in den Fachausschüssen beschlossen werden. Dies gelte im übrigen auch für die nachfolgenden Anträge seiner Fraktion.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) fordert in diesem Zusammenhang, dass zumindest die Kosten für die Rathausgalerie unbedingt reduziert werden müssten.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt Prüfung zu.

Zur Frage des **Fraktionsvorsitzenden Schmitz**, H. (bVb), ob Kunstankäufe in den kommenden Jahren nicht geplant seien, da bei 78250, Kunstankäufe, S. 152, keine Planzahlen angesetzt seien, erwidert **Bürgermeister Kreuzberg**, dass es Usus sei, dass die Stadt Brühl ein Bild des Stipendiaten kaufe. Diese Regelung solle künftig sogar mit einem Betrag bis zu 2000 € als Verpflichtung für die Künstler festgelegt werden. Insofern müsse der Entwurf an dieser Stelle ergänzt werden.

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) gibt zu bedenken, ob man die Stadtbücherei nicht an den Balthasar-Neumann-Platz in die freiwerdenden Aldi-Räume verlegen könne, um dort eine Einheit zu schaffen.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt Prüfung zu.

---

Zur Beratung des Teilergebnisplanes 25 05 „**Musik-, Kunstschulen**“, S. 160/161 erklärt **Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU), dass seine Fraktion der Erhöhung der Gebühren um 10 % zustimme. Darüber hinaus beantragt er, zu prüfen, ob Änderungskündigungen möglich seien um angestellte Kräfte durch Honorarkräfte zu ersetzen. Falls dies möglich sei, bittet er, diese Umwandlungen so schnell wie möglich vorzunehmen.

**Fraktionsvorsitzender Schmitz** (bVb) schließt sich dieser Forderung an.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) stellt in diesem Zusammenhang fest, dass in diesem Bereich eine Kostenreduzierung nicht vorgesehen sei sondern die Zuschussverminderung nur durch eine Gebührenerhöhung erreicht werde. Er bitte daher, unbedingt eine Kostenreduzierung zu erreichen und schlägt vor, die diesbezügliche KPTA-Vorlage auch im Hauptausschuss zu besprechen.

Zum Teilergebnisplan 25 09 „**Theater und Konzerte**“, beantragt **Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU), das Veranstaltungsangebot auf der Basis von Kostendeckungsgrad, Nutzung und Nachfrage zu untersuchen und das Angebot entsprechend auszudünnen. Die dazu notwendigen Fachberatungen sollen im KPTA geführt werden.

In diesem Zusammenhang stellt **Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) fest, dass die Eintrittsgelder nicht einmal die Honorare deckten. Hier müsse unbedingt eine Kostendeckung erzielt werden.

**Bürgermeister Kreuzberg** gibt zu bedenken, dass eine Kostendeckung z.B. bei Veranstaltungen für Kinder nicht immer machbar sei. Das Ziel sei jedoch, eine allgemeine Kostendeckung zu erreichen; in diesem Zusammenhang müsse sicher auch über kommerzielle Veranstaltungen nachgedacht werden.

---

Zum Teilergebnisplan 36 02 „**Kinder- und Jugendarbeit**“, beantragt **Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU), die Jugendzentrumsarbeit unter folgenden Gesichtspunkten zu ändern:

1. Der Jugendzentrumsstandort Liblarer Str. ist aufzugeben.
2. Jugendzentrumsarbeit ist künftig unter Beachtung dreier Komponenten durchzuführen:
  - mobile und dezentrale Arbeit
  - befristete, teilstationäre und bedarfsorientierte Projektarbeit
  - Angebot eines Veranstaltungs- und Proberaumes

Bewährte teilstationäre Projekte wie die „Klasse“ in Vochem sollen unberührt bleiben.

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) schlägt vor, die Angelegenheit mit Vorlage ausführlich im Jugendhilfeausschuss zu beraten und nicht kurzfristig im Rahmen der Etatberatungen zu entscheiden.

**Ratsherr Thorsten Gerharz** (CDU) berichtet, dass sich der CDU-Antrag mit dem Ergebnis der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft „Jugendarbeit“ decke.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) erklärt, dass seine Fraktion dem Vorschlag nur zustimmen könne, wenn ein klares Umsetzungskonzept vorgelegt werde. Vorher könne das Jugendzentrum an der Liblarer Straße nicht geschlossen werden.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) gibt zu bedenken, ob man nicht zur Bündelung aller Aktivitäten in diesem Bereich ein Vereinshaus oder Bürgerhaus bereitstellen könne. Er bittet in die diesbezüglichen Untersuchungen auch das Raiffeisengebäude mit einzubeziehen.

---

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) beantragt im Rahmen der Beratung des Teilergebnisplanes 42 01 „**Bereitstellung und Betrieb von Turn- und Sportanlagen**“, den Sportplatz an der Bonnstraße aufzugeben, sofern die Aktivitäten im Bereich Brühl-Süd aufgefangen werden könnten.

Seine Fraktion spreche sich darüber hinaus grundsätzlich für die Einführung einer **Sportstätten-/Raumnutzungsgebühr** aus. Dabei seien jedoch folgende Punkte zu beachten:

- Basis zur Bestimmung der Gebühr sind die Vollkosten der Betriebskosten
- Basis sind die Erwachsenenstunden der jeweiligen Nutzer
- Den Nutzern soll die Möglichkeit der Bewirtschaftung während der Nutzung eingeräumt werden
- Die Modellfindung zur Gebührenerhebung erfolgt durch einen Runden Tisch (Bürgermeister und Nutzer) und anschließende Beratung im SpA

**Fraktionsvorsitzender Schmitz**, H. (bVb) bittet um Erstellung einer Vorlage, aus der konkrete Zahlen ersichtlich sind und auch der erforderliche Verwaltungsaufwand dargestellt werde.

**Ratsherr Breu** (SPD) regt an, eine Umfrage bei Nachbarkommunen vorzunehmen, um nach dortigen Modellen zu fragen. Er warnt davor, dass der Verwaltungsaufwand möglicherweise höher ist als der Ertrag. Im übrigen hätten die Vereine ohnehin bereits große Probleme, so dass eine zusätzliche Belastung sehr schädlich sei.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) bittet in die Prüfung auch die sogenannten „PPP-Modelle“ mit einzubeziehen.

**Bürgermeister Kreuzberg** bestätigt, dass er selbstverständlich Gespräche führen werde und diese auch wichtig seien. In Kürze würden Modelle zur Entscheidung vorgelegt, so dass eine Einführung eventuell bereits zum 2. Halbjahr möglich sei.

---

Im Zusammenhang mit verschiedentlich aufgeworfenen Fragen zu den Ansätzen bei **Personalkosten** erläutert **Bürgermeister Kreuzberg**, dass die Zahlen aufgrund der neuen Systematik mit den Ansätzen des Vorjahres in den meisten Fällen nicht vergleichbar seien. Eine Vergleichbarkeit könne bei Beibehaltung der Systematik erst im nächsten Jahr erreicht werden. Er bitte daher, zu

Vergleichszwecken den Gesamtergebnisplan heranzuziehen.

---

Die **CDU-Fraktion** begrüßt das vom Bürgermeister vorgeschlagene Verfahren bezüglich SKFM und DROBS (siehe Erläuterungen Seite 225, Sachkonto 53180)

---

**Ratsherr Gerharz, F.-J.** (CDU) stellt fest, dass der Ausbau der Talstraße nicht im Investitionsprogramm (Seite 230) enthalten sei und regt die Aufnahme an.

Zu den veranschlagten Stromkosten im Bereich 54 01 „**Öffentliche Verkehrsflächen**“, Erläuterungen S. 238, fragt **stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD), ob hier Möglichkeiten geprüft worden seien, um eine Einschränkung der Kosten für den städtischen Haushalt zu erreichen.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt Prüfung zu.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) verweist in diesem Zusammenhang auf den Antrag „Dachflächenkataster“ seiner Fraktion, der in er nächsten Sitzung des Ausschusses für Lokale Agenda und Umwelt behandelt werde.

---

Im Rahmen der Beratung des Teilergebnisplanes 55 06 „**Friedhöfe**“, stimmt die CDU-Fraktion den vom Bürgermeister vorgeschlagenen Beerdigungs- und Friedhofsgebühren zu. In diesem Zusammenhang bittet **Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) um Prüfung, ob die Vorhaltung von Friedhofsflächen in dem derzeitigen Maße noch notwendig sei. Darüber hinaus müssten auch alternative Beerdigungstechniken geprüft werden.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) bittet in diesem Zusammenhang um Prüfung, ob nicht mittelfristig die Schließung eines Friedhofs möglich sei.

---

Der Antrag der **CDU-Fraktion** auf Ausstieg aus der **Umwelt- und Verbraucherberatung** wird im Folgenden ausgiebig diskutiert. **Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) ergänzt zu dem Antrag, dass die gesetzlich vorgeschriebene Abfallberatung in dem gesetzlich notwendigen Umfang im Bereich „Lokale Agenda“ oder an anderer Stelle der Stadt gesichert werden könne. Seine Fraktion verfolge das Ziel einer integrierten Abfall-, Umwelt- und Energieberatung unter Einbeziehung der Stadtwerke.

**Bürgermeister Kreuzberg** betont, dass es nicht einzusehen sei, dass sich andere Städte und Gemeinden nicht an den Kosten beteiligten. Da bis Juni eine Entscheidung über eine Kündigung gefällt werden müsse, bitte er, dies zu überdenken. Eine endgültige Schließung sei damit noch nicht beschlossen.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) bestätigt, dass die Verbraucherberatung eine Angelegenheit des Kreises sei. Er halte es jedoch für wichtig, dass diese in Brühl verbleibe, so dass man mit dem Kreis verhandeln müsse.

Auch **Fraktionsvorsitzender Schmitz, H.** (bVb) ist der Ansicht, dass eine Aufrechterhaltung städtischerseits nur dann möglich sei, wenn alle anderen Kommunen bereit seien, sich an den Kosten zu beteiligen.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) gibt zu bedenken, dass Brühl ein regionales Einkaufszentrum sei, in dem eine Verbraucherzentrale angesiedelt sein müsse. Dies sei auch im Sinne einer Wirtschaftsförderung wichtig, zumal auch die ebenfalls von der Verbraucherzentrale geleistete Schuldnerberatung hoch einzuschätzen sei.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) hält die Verbraucherzentrale für einen wichtigen Brühler Standortfaktor. Darüber hinaus sei eine wohnortnahe Schuldnerberatung wertvoll. Er halte es für illusorisch, auf eine Beteiligung der anderen Gemeinden zu hoffen und dies als Bedingung zu setzen.

**Ratsherr Gerharz** (CDU) kritisiert, dass die Verbraucherzentrale ihre Einnahmen nicht offen lege. Im Übrigen würde eine Schuldnerberatung von den Banken geleistet.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) hält dem entgegen, dass die Verbraucherzentrale jährlich ihre Einnahmen und Ausgaben offen lege.

---

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) bittet um Prüfung, ob eine Privatisierung des brühl-infos möglich sei, zumindest müsse eine erhebliche Kostenreduzierung erreicht werden.

**Bürgermeister Kreuzberg** berichtet, dass entsprechende Untersuchungen z.Z. liefen und sich sicherlich etwas ändere. Der Weg sei jedoch noch nicht klar.

---

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) erklärt, dass seine Fraktion den geplanten Steuererhöhungen zustimme.

---

Abschließend regt **Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) an, Herrn Groetzner von der Gebausie zur nächsten Sitzung einzuladen, um mit ihm die Aufstellung der **Hochbaumaßnahmen** zu besprechen

**Bürgermeister Kreuzberg** bittet Herrn Pitz, seine diesbezüglichen Anfragen vorab schriftlich einzureichen, damit eine Vorbereitung möglich sei.

---

**Bürgermeister Kreuzberg** schlägt in Anbetracht der zügigen Beratung vor, auf die nächste Hauptausschusssitzung zu verzichten, die Beratung des Entwurfs in den Fachausschüssen und deren Ergebnisse abzuwarten, noch offene Fragen zu klären und dann in der Hauptausschusssitzung am 22. Mai die Beratungen fortzusetzen.

Der Hauptausschuss erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

### **3. Bestellung von Vertretern der Stadt Brühl in besonderen Einrichtungen; Vorschläge Verwaltungsrat KSK Köln Vorlage-Nr. 354/79 z**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Anlässlich der nach § 32 Abs. 2 Satz 2 Sparkassengesetz NRW erforderlichen Neuwahl des Verwaltungsrates der KSK Köln benennt der Rat der Stadt Brühl in Übereinstimmung mit dem Ratsbeschluss vom 15.11.2004 als ordentliches Mitglied

**Herrn Wilhelm Schmitz (CDU)**

und als stellvertretendes Mitglied

**Herrn Berni Breu (SPD)**

zur Wahl in den Verwaltungsrat.

- einstimmig -

#### 4. Erhöhung Marktstandsentgelte Vorlage-Nr. 188/84 e

**Fraktionsvorsitzender Schmitz**, H. (bVb) spricht sich gegen eine Erhöhung der Marktstandsentgelte für den Frischemarkt am Mittwoch aus. Auch die Marktstandsgelder für den Samstagmarkt sollten nur für Nichtlebensmittelstände erhöht werden.

**Bürgermeister Kreuzberg** gibt zu bedenken, dass es sich bei der Vorlage um einen wohl überlegten Vorschlag des Fachbereichs handele und man diesem folgen solle.

**Beigeordneter Brandt** ergänzt, dass Gebührenerhöhungen gerade bei den vorgeschlagenen Märkten unproblematisch seien, da es hier bereits Wartelisten gebe.

**Fraktionsvorsitzender Mengel** (SPD) bestätigt, dass man eine Erhöhung nicht leichten Herzens vornehme, die Begründung aber gut nachvollziehbar sei.

---

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt die Marktstandsentgelte für den ganztägig abgehaltenen Mittwoch-Frische-Markt in der Innenstadt von 2,50 € auf 3,50 € / lfd. m Standlänge und für den samstags auf dem Balthasar-Neumann-Platz stattfindenden Wochenmarkt von 2,00 € auf 2,50 € / lfd. m Standlänge ab 1.6.2006 anzuheben. Die Standgelder für die übrigen Wochenmärkte bleiben unverändert.

Abstimmungsergebnis: 11 : 1

#### 5. Antrag

##### 5.1 Mobiliar für Dorothea Tanning-Saal hier: Antrag der FDP Fraktion vom 8.3.06 Vorlage-Nr. 44/00 cw

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) begründet den Antrag seiner Fraktion. Der Saal sei ein „Markt“ für die Stadt; bei entsprechender Möblierung könnten hier auch Tagungen und Seminare stattfinden. Im Vergleich zu den Kosten, die der Bau des Saales verursacht habe, sei es auch im Sinne der Wirtschaftsförderung nicht nachvollziehbar, dass dieser nur mit Stuhlreihen bestückt sei.

**Ratsherr Hosmann** (CDU) hält eine Ergänzung des Mobiliars ebenfalls für sinnvoll. Eventuell könne man Möbel auch leasen. Voraussetzung sei allerdings, dass ein entsprechender Lagerraum vorhanden sei.

**Fraktionsvorsitzender Mengel** (SPD) bezeichnet die Lagerung als Hauptproblem. Ansonsten sei auch sicherlich ein Sponsoring denkbar.

Er fragt in diesem Zusammenhang, wer hier und auch in den anderen Räumlichkeiten bezahlen müsse und bittet um eine entsprechende Auflistung.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt Vorlage zu. Er spricht sich im Folgenden gegen den Antrag der FDP-Fraktion aus. Bisher habe es diesbezüglich keine Nachfragen gegeben und die Veranstaltungen - auch Seminare - hätten problemlos stattfinden können. Man sollte es den jeweiligen Veranstaltern überlassen, sich um die passende Möblierung zu kümmern. So könne das Mobiliar jeweils auf die entsprechende Veranstaltung abgestellt werden und die Handhabung sei wesentlich flexibler. Auch eine Ersparnis könne er nicht erkennen, da sich Einnahmen und Ausgaben ausgleichten.

---

Der Hauptausschuss vertagt den Antrag bis zur nächsten Sitzung.

- einstimmig -

**5.2 Haushalt 2006;  
Produktbereiche  
hier: Antrag der FDP Fraktion vom 19.4.06  
Vorlage-Nr. 26/06 f**

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) bittet in Anbetracht der vorgerückten Zeit um Behandlung des Antrages in der nächsten Sitzung.

Der Hauptausschuss vertagt den Antrag bis zur nächsten Sitzung.

- einstimmig -

**6. Anfragen**

**6.1 Gebührenabwicklung Parkplatz Bundesbahnhof**

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) berichtet, dass er nach einer Veranstaltung der Brühler Schlosskonzerte eine lange Schlange am Parkautomaten beobachtet habe. Er fragt, ob es nicht möglich sei, hier vorab einen Pauschalbetrag zu erheben um Wartezeiten nach der Veranstaltung zu vermeiden.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt Besprechung mit den Stadtwerken zu.